

Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2026/0183

Veranlasser / Verursacher:

Datum: 24.08.2026

Die Linke

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.08.2026 betr. „Keine militärische Nutzung des Kassel Airport,,

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	24.09.2026		öffentlich
Kreistag	28.09.2026		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag spricht sich ausdrücklich gegen jede militärische Nutzung des Kassel Airport aus.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, gegenüber der Flughafen Kassel GmbH sowie den weiteren Gesellschaftern darauf hinzuwirken, dass der Kassel Airport ausschließlich zivil genutzt wird und jede militärische Nutzung ausgeschlossen wird.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die übrigen Anteilseigner aufzufordern, sich ebenfalls gegen eine militärische Nutzung des Flughafens auszusprechen.
4. Sollte eine militärische Nutzung des Kassel Airport fortgesetzt oder weiter ausgebaut werden, wird der Kreisausschuss beauftragt, sämtliche rechtlichen, finanziellen und gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten für einen Austritt des Landkreises Kassel aus der Flughafen Kassel GmbH zu prüfen und umzusetzen.

Begründung:

Der Kassel Airport ist seit je her finanziell für den Landkreis nicht tragbar. Trotz erheblicher öffentlicher Investitionen gelingt es nicht, den Flughafen wirtschaftlich tragfähig zu betreiben. Jahr für Jahr müssen Millionenbeträge aus Steuermitteln aufgebracht werden, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Nun soll ausgerechnet die militärische Nutzung des Flughafens als neues Geschäftsfeld etabliert werden. Nach Angaben der Geschäftsführung finden Gespräche mit der NATO statt. Für das Jahr 2026 werden bereits rund 700 militärische Flugbewegungen erwartet. Damit entwickelt sich der Flughafen schrittweise von einem zivilen Regionalflughafen zu einem militärisch mitgenutzten Standort. Diese Entwicklung lehnen wir entschieden ab!

Der Landkreis Kassel darf sich weder direkt noch indirekt an einer Infrastruktur beteiligen, die militärischen Zwecken dient.

Gerade in Zeiten weltweiter Aufrüstung braucht es Stimmen, die sich für Frieden, Diplomatie und zivile Konfliktlösungen einsetzen. Der Landkreis Kassel sollte ein klares Signal senden: Unsere öffentliche Infrastruktur darf nicht Teil einer Militarisierung werden.

Hinzu kommt, dass die militärische Nutzung den ursprünglichen Zweck des Flughafens weiter in Frage stellt. Der Airport wurde als ziviles Infrastrukturprojekt geplant und genehmigt. Bereits 2013 erklärte die Bundesregierung, dass der Ausbau des Flughafens ausschließlich mit zivilem Luftverkehr begründet wurde und militärische Erwägungen keine Rolle gespielt hätten.

Sollte dennoch dauerhaft an einer militärischen Nutzung festgehalten werden, ist die weitere Beteiligung des Landkreises Kassel an der Flughafen GmbH politisch nicht mehr vertretbar. Ein Ausstieg wäre dann nur die konsequente Folge.

Der Landkreis Kassel sollte für eine friedliche, zivile und verantwortungsvolle Nutzung öffentlicher Infrastruktur stehen und nicht für deren Einbindung in militärische Strategien.

Kersting
Fraktionsvorsitzender

Maschke
stellv. Fraktionsvorsitzende

Anlage/n:

2026_0183 Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.08.2026